

SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/132

14. Juli 1976

Kohl attackiert die Verfassung seines Landes

Mit seiner Wahiparole betrat der Unions-Kanzlerkandidat gefährliches Terrain

Von Julius Lehibach
DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Biedenkopf-Hochmut kommt vor dem CDU-Fall

Notwendigerweise deutliche Antwort auf intellektuelle Arroganz

Von Hermann Heinemann
Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 42 Zeilen

Offener Brief an die deutsche Jugend

Klarstellung zur Reform des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes

Von Helmuth Möhring MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 / 30 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl V

Seite 5 bis 7 / 141 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 123 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 33
Telex: 06 88 946 - 48 ppbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße-108-112, Telefon: 37 66 11

Kohl attackiert die Verfassung seines Landes

Mit seiner Wahlparole betrat der Unions-Kanzlerkandidat gefährliches Terrain

Von Julius Lehlbach

DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz

Die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind Einheitsgewerkschaften. Es waren christliche Sozialisten bzw. Sozialisten in christlicher Verantwortung und demokratische Sozialisten, Mitglieder der SPD und der CDU, die Gestalt und Grundgesetzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes festgelegt haben. Die Freiheit, die sie damals gemeinsam meinten, war die Freiheit von Zwang, Unterdrückung und Not. Ganz selbstverständlich sollte diese Freiheit nicht schrankenlos sein, denn Freiheit ohne Gerechtigkeit - das hat die Sozialgeschichte in Deutschland gezeigt - führt zu höchster Ungerechtigkeit.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sollten für den Arbeitnehmer Voraussetzung für seine Freiheit sein. Ziel war es, das kapitalistische System als Steigbügelhalter der Unfreiheit abzulösen. Diese Absicht hat ihren Niederschlag im Grundgesetzprogramm des DGB, aber auch in der Verfassung von Rheinland-Pfalz gefunden, die in ihrem 6. Abschnitt wesentliche sozialistische Merkmale hat. Angesichts dieser Tatsache muß die Parole "Freiheit oder Sozialismus" bzw. "Freiheit statt Sozialismus" wie Dynamit auf die Einheitsgewerkschaft wirken.

Jene ehemaligen christlichen Sozialisten und heutigen CDU-Kollegen, die mit uns im Grundgesetzprogramm und in Kongreßbeschlüssen des DGB alle jene Merkmale niedergelegt haben, die Dr. Kohl beim Bundesparteitag der CDU in Hannover als Freiheitwidrige Kains-Zeichen genannt hat, heute aber qua CDU-Partei ganz allein jene Freiheit repräsentieren, die den Sozialismus, ob demokratisch oder christlich, ausschließt, sollen jetzt gegen uns demokratische Sozialisten in der Einheitsgewerkschaft stehen, mit denen sie gemeinsam beschlossen und gerungen haben.

An den grausamen politisch-ideologischen Vätermord, den die CDU täglich an den christlich-demokratischen Vätern der rheinland-pfälzischen Verfassung verübt, kann man nur mit Schauern denken. Denn all das, was Dr. Kohl ausdrücklich als freiheitswidrig sozialistisch gekennzeichnet hat, steht in ihrer Verfassung.

Da steht als geltendes Verfassungsrecht im Art. 61 die Verstaatlichung von privatrechtlichen Schlüsselunternehmen, im Art. 70 die Investitionslenkung, von der der neueste und landesoffizielle Kommentar den Schulkindern sagt, da seien noch ungeahnte Möglichkeiten; die Überbetriebliche bzw. gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung ist in Art. 68 und 70 festgelegt. Das alles sind Elemente der Wirtschafts- und Sozial-

ordnung, Elemente einer Verfassung, die am 18. Mai 1947 von einer absoluten CDU-Mehrheit beschlossen und durch Volksentscheid bestätigt wurde. Auf die zumindest in diesen Bestimmungen nach Ansicht der heutigen CDU freiheitsfeindliche Verfassung hat der Vorsitzende der CDU als Ministerpräsident dieses Landes geschworen und gleichzeitig die Verpflichtung übernommen, sie, wenn auch nicht dem Wortlaut, so aber dem Geist nach zu realisieren.

Hoffentlich erfährt der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz nie, daß der Bundesevorsitzende und Kanzlerkandidat der CDU die Verfassung dieses Landes als teilweise freiheitsfeindlich verurteilt. Am Rande sei nur erwähnt, daß der Landesbezirksvorstand des DGB in Rheinland-Pfalz seit Jahren den Ministerpräsidenten, das Kabinett und die regierungstragende CDU drängt, die nicht überlagerten, arbeitnehmerfreundlichen Bestimmungen der Verfassung die die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei öffentlichen Angelegenheiten sicherstellen wollen, endlich zu realisieren.

Welches Verfassungsverständnis und welche Liebe zu den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften hier Pate gestanden haben, ist offensichtlich. Die Gewerkschaftsbewegung, ja die Arbeiterbewegung überhaupt, hat es immer als wichtigste Aufgabe angesehen, den Arbeitnehmern die Freiheit zu erkämpfen, als Menschen, als Individuen leben und arbeiten zu können und nicht als eine Ware, als Arbeitskraft verbraucht und als Unkostenfaktor behandelt zu werden.

Nun müssen wir fragen dürfen, wir demokratischen Sozialisten in der freien Gewerkschaftsbewegung: Aus welchen Motiven will uns eine stark kapitalorientierte CDU an den Rand des Grundgesetzes oder gar darüber hinaus drängen, wenn sie uns in Gegensatz zur Freiheit setzt? Der Freiheitsbegriff der CDU steht offenbar im Gegensatz zum Grundgesetz. Hier haben wohl der Fürst Metternich, der Freiheit nur für die Privilegierten kannte, und der Fürst von Bismarck Pate gestanden, denn diesem Freiheitsbegriff der CDU hängt das Hautgut des Sozialistengesetzes an, das sich gleichermaßen gegen Sozialisten und Gewerkschaften gerichtet hat.

Die CDU unterstellt unterschwellig, daß die Sozialdemokratische Partei und selbstverständlich auch wir demokratischen Sozialisten in der Einheitsgewerkschaft dazu angetreten seien, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen. Dies würde nach Art. 21 einen Verbotseinstieg gegen die SPD beim Bundesverfassungsgericht rechtfertigen. Wenn es dahin kommt, daß eine der demokratischen Parteien einen Alleinvertretungsanspruch für die Freiheit beansprucht, dann ist das Ende dieser Bundesrepublik abzusehen. Der Diskriminierung politischer Anschauungen widerspricht nicht nur Art. 3 des Grundgesetzes, auch der Einheitsgewerkschaft wird die Parole "Freiheit oder Sozialismus" schaden.

Unsere einheitliche Gewerkschaftsbewegung kann nicht mit einem grundgesetzwidrigen Freiheitsbegriff leben, der im 19. Jahrhundert angesiedelt ist und die Freiheit für die Privilegierten usurpiert. Sie kann nicht zulassen, daß ihre Grundsätze und Kongreßbeschlüsse als freiheitsfeindlich diffamiert werden, nur weil sie antikapitalistisch sind. Deshalb müssen die Gewerkschaften des DGB und muß der DGB diese Parole nicht nur zurückweisen, sondern sie offensiv bekämpfen. (-/ 14.7.1976/mie/e/pr)

Biedenkopf-Hochmut kommt vor dem CDU-Fall

Notwendigerweise deutliche Antwort auf intellektuelle Arroganz

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des SPD-Bezirks

westliches Westfalen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Behauptung des CDU-Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, vor den Delegierten seiner Partei, im Revier habe sich "ein Mief der Mittelmäßigkeit" festgesetzt, ist eine Beleidigung für alle im Ruhrgebiet wohnenden Menschen.

Wenn der CDU-Generalsekretär glaubt, mit derartigem intellektuellem Hochmut für sich und seine Partei Wähler einfangen zu können, dann irrt er. Seine Behauptung, im Ruhrgebiet finde keine politische Bewegung mehr statt, offenbart, wie wenig Biedenkopf sich für die Probleme des industriellen Herzens Europas wirklich interessiert und wie wenig sie ihm am Herzen liegen. Oder glaubt er etwas, daß ohne die aktive Zusammenarbeit von Arbeitnehmern, Gewerkschaften, Unternehmern, Kommunen, Landes- und Bundesregierung und der SPD die größte strukturelle Veränderung, die wir nach dem Kriege zu bewältigen hatten, nämlich fast 300 000 Arbeitsplätze im Bergbau auszubauen, ohne soziale Unruhen zu überstehen gewesen wäre, wenn die SPD im Ruhrgebiet als "verfilzte Rathhauspartei" gehandelt hätte, wie der CDU-Generalsekretär meint?

Ich weiß nicht, wann Herr Biedenkopf, abgesehen von Redekurzvisiten, zuletzt das Land Nordrhein-Westfalen eingehend bereist hat. Sonst müßte er wissen, daß gerade im sozialdemokratisch regierten Revier, bezogen auf die Zahl der Bürger, mehr Grünflächen zur Verfügung stehen, als in den meisten CDU-regierten Kommunen. Offensichtlich ist ihm auch unbekannt, welche hervorragende Möglichkeiten für Sport und Freizeit gerade im Revier gegeben sind. Verschämt verschweigt er auch die Leistungen auf dem sozialen Sektor, wie Altenheime, Altentagesstätten, Kindergärten und Kinderspielplätze. Sozialdemokratische Politiker in Gemeinden, Städten, Ländern und auf Bundesebene haben eben aufgrund ihrer Herkunft und ihrer sozialen Gesinnung engere Tüchtführung zu den Bürgern als der ehemalige Henkel-Manager Biedenkopf.

Die Strategie der Unions-Parteien läuft im übrigen darauf hinaus, uns in dem Bereich der Kommunalpolitik, in dem die CDU noch weniger an Alternativen anzubieten hat als in der Bundespolitik, unlauteres Verhalten vorzuwerfen. Gegen Kampagnen dieser Art hat sich die SPD im Laufe ihrer über hundertjährigen Geschichte mehr als einmal zur Wehr setzen müssen. Auch bei Prof. Biedenkopf tauchen jetzt wieder Vokabeln auf, wie sie die SPD u.a. noch von Göttsche her in Erinnerung hat. Ob man uns Parteibuchpolitik vorwirft oder der Filzokratie beschuldigt, der Ursprung ist unverändert gleich geblieben: Man hat im Sachbereich nicht genügend an Aufhängern für eine überzeugende Alternative zu unserer Kommunalpolitik gefunden.

Die Tatsache, daß die SPD in industriellen Ballungsgebieten so stark ist, hat ihren Grund darin, daß es ihr immer gelungen ist, über die Kirchtürme ihrer Städte hinauszublicken. Die Menschen im Revier wissen dieses. Intellektueller Hochmut kommt hier leicht zu Fall. (-/14.7.1976/mie/e/pr)

Offener Brief an die deutsche Jugend

Klarstellung zur Reform des Kriegsdienstverweigerungs-Gesetzes

Von Helmuth Mähring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Das, was die CDU/CSU im letzten halben Jahr mit einem äußerst wichtigen Gesetz gemacht hat, kann ich nur als parteipolitisches Treuerspiel ersten Ranges bezeichnen. Ich meine das "Gesetz zur Modifizierung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer". Während die SPD (und mit ihr viele ernsthafte politische Mitbürger) längst erkannt hatten, daß das Gewissen des Menschen nicht prüfbar ist, weil es keine zwei gemordeten Gewissen gibt, will die CDU/CSU grundsätzlich weiterprüfen und damit alle unlösbaren Probleme beim Antragsteller und bei der Truppe belassen. In einem Antrag hatte sie sogar gefordert, das Verfahren noch zu verschärfen und die Prüfer zu "schulen".

Die völlige Abschaffung des Prüfungsverfahrens war wegen der Mehrheit der CDU/CSU-Länder im Bundesrat nicht zu erreichen, denn es werden mit dem Abschaffen von Ausschüssen und Kammern Ländereinrichtungen berührt. Wir wollen die Einrichtungen daher belassen, das Prüfungsverfahren aber nicht mehr anwenden. Jeder Wehrpflichtige soll durch einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer seine sofortige Zuweisung zum Zivildienst erreichen können.

Die CDU/CSU hat dieses Gesetz nun im Bundesrat und Vermittlungsausschuß scheitern lassen. Begründung: Dies sei die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht! Sie hat sich damit eine Entscheidungsbefugnis angemaßt, die ihr im Bundesrat nicht zusteht. Denn für Fragen der Verteidigung und der Kriegsdienstverweigerung ist nach Grundgesetz Art. 73 allein der Bundestag zuständig. Die CDU/CSU hat also das Grundgesetz verletzt.

Der wirkliche Grund aber ist dieser: Die CDU/CSU hegt ein abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber unserer Jugend. Sie befürchtet, daß diese Jugend unseren Staat im Stich läßt, wenn man ihr die eigene Verantwortung überläßt. Deshalb will sie kontrollieren, reglementieren und prüfen. Und dies bei jungen Staatsbürgern, denen wir mit 18 Jahren die volle Mündigkeit gegeben haben.

Wenn ich in diesem Alter wäre, gäbe es für mich nur eine Konsequenz:
Die CDU/CSU wäre für mich nicht wählbar! (=/14.7.1976/va/pr)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Gehimakte Dr. Franz Heubl V

Es freut mich, daß ich wenigstens auf diese Weise jetzt zu einer objektiveren Beurteilung dieser wertvollen Erzeugnisse des deutschen Geisteslebens gelangt bin. So habe ich denn allmählich auch begriffen, daß Brutalität auf der einen Seite, Sensibilität und Empfindlichkeit auf der anderen Seite, zwei sich ideal ergänzende Seiten ein und desselben Wesens sind. Denn die Härte nach außen wird beim Altbayern in vorbildlicher Weise durch die Fähigkeit zur Selbstbemitleidung und Selbstbeweinung ausgeglichen, wenn er von Außenstehenden nicht verstanden wird.

Ein großer Zweifel ist mir allerdings geblieben, d. h. ich stelle jetzt vor lauter Begeisterung mit plötzlicher Sorge fest, daß es mir gar nicht zukommt, alle diese trefflichen Eigenschaften des altbayerischen Wesens für mich in Anspruch zu nehmen. Denn ich muß einen Fehler in meinem Stammbaum leider eingestehen. Ich habe schon früher einmal mit großer Sorgfalt nachforschen müssen, ob sich unter meinen Vorfahren eine nichtarische Belastung findet. Dieses zusätzliche Erschwernis meines irdischen Daseins ist mir im Dritten Reich aufgrund einer gütigen Fügung des Schicksals ohne mein Verdienst erspart geblieben. Um so ausgleichender ist die Gerechtigkeit jetzt, wenn ich leider darauf hinweisen muß, daß 50 % meiner Vorfahren vom fränkischen Stamme geliefert worden sind, d. h. also nicht über die vortrefflichen Eigenschaften verfügen können, die besonders einem Altbayern wahrscheinlich mit Ausschließlichkeit zustehen. Jetzt ist bei mir die Ratlosigkeit und Verwirrung sehr groß geworden. Denn Du hast offensichtlich dem Artikelschreiber keinen Aufschluß darüber gegeben, welche Adjektive auf einen Sohn des Stammes der Franken zutreffen.

Außerdem hätte mir das auch nicht weitergeholfen, denn ich armer Troof hätte dann nicht gewußt, in welcher Mischung die nach Urteil des durch Distanz erfahrenen Beobachters die den Altbayern und den Franken zustehenden Eigenschaften auf mich verteilt worden sind. Ich muß also weiterhin mit der bohrenden Ungewißheit herumlaufen, daß ich nicht sicher weiß, ob die dem Altbayern zustehenden Eigenschaften wenigstens teilweise von mir oder vielleicht nur selektiv für mich in Anspruch genommen werden können. Schade wäre es aber sicher, wenn die brutale Komponente dabei verlorenginge. Denn der Verlust dieser Komponente beziehungsweise die Klarheit darüber, daß diese Komponente in der behaupteten Form nicht vorhanden ist, würde sicherlich eine seelische Gleichgewichtstörung bei denen hervorrufen, die sie bisher zur lebenswerten Kennzeichnung meines Wesens und zur Abäckerung einer neuen Umwelt beigelegt haben. Die gleiche Ratlosigkeit befällt mich, wenn ich die in der Folge zu lesenden sibyllinischen Äußerungen mit ehrfürchtigem Schaudern zur Kenntnis nehme. Denn die aus Bonner Quellen altbayerischer Provenienz gespeiste Pythia von Hamburg gibt ihren Gewährsmann mit folgendem Zitat wieder: "Ich bin in meinem Wesen oder Selbstverständnis ganz sicher ein Mann der Mitte"

Daran besteht kein Zweifel, sagt der ehrliche Interviewer. Um so mehr befällt ihn aber der Zweifel bei der Frage, wo denn die CSU in einer

Zeit stehe, in der das Terrain der Mitte immer mehr zu einer Trennungslinie zwischen links und rechts schrumpft. Aber auch hier wird wenigstens eine Deutung gegeben, wenn schon eine Auskunft nicht möglich ist. Denn heute ist das nicht mehr Mitte, was früher Mitte war, eröffnet sich dem Leser als lichtvolle Interpretation. Aber um so unklarer ist es ihm, ob der Mann, der nach Selbatzeugnis gemäß Wesen oder Selbatverständnis ganz sicher ein Mann der Mitte ist, nunmehr als Mann der alten Mitte oder als Mann der neuen Mitte angesehen werden muß. Als Mann der alten Mitte stünde er heute rechts, als Mann der neuen Mitte hätte er sich selbst mit dem beweglichen Koordinatensystem automatisch von der Stelle gerückt, und wäre somit nach dem alten Koordinatensystem als Linker zu verstehen, aber nach dem neuen Koordinatensystem als Mann der Mitte. Das gleiche gilt natürlich für Franz Josef Strauß. Wenn er nach dem alten Koordinatensystem in der Mitte ist, dann ist er nach dem neuen Koordinatensystem, das sich links des alten Koordinatensystems etabliert hat, als jemand anzusehen, der als Reaktion auf die Linken sich nach rechts bewegt hat.

Und somit verfügt die Partei der CSU über eine außergewöhnliche Reichhaltigkeit des politischen Sortiments in der Führung. Sie hat nämlich einen stellvertretenden Vorsitzenden, der sich als Mann der Mitte bezeichnet, es aber offenläßt, ob er es nach altem oder neuem Koordinatensystem ist. Sie verfügt ferner über einen zur Zeit noch ersten Vorsitzenden, der sich nach rechts bewegt hat, und zwar als Reaktion auf die Linken, weil ihm das Koordinatensystem nach links davongelaufen ist. Aber auch diese Aussage muß relativiert werden, denn er kann sich gar nicht nach rechts bewegt haben, er braucht nur auf seiner alten absoluten Position stehengeblieben zu sein, dann sorgt das nach links gerutschte Koordinatensystem dafür, daß er heute im Lager der Rechten definiert werden muß. So einfach ist das zu deuten und zu verstehen.

Ich habe auch tiefsinnigen Aufschluß über die Partei der Zukunft bekommen. Der Interviewte spricht von gesichertem Fundament und von der Offenheit für die Aufgaben von morgen, nach Beurteilung des Interviewers mit 'Formulierungen aus Druckwerken für Anspruchsvollere'. Anscheinend ist der Interviewer überreicht darüber, daß er in einem Gespräch mit einem von Hause aus dem altbayerischen Stamm zuzurechnenden Politiker Formulierungen vernimmt, die er sonst nur aus Druckwerken für Anspruchsvollere gewohnt ist. Aber er hat ja dafür eine ausreichende Erklärung bereits in einem früheren Teil des Interviews erhalten. Wer durch den abrupten Stop seiner Blitz-Karriere gezwungen war, auf fruchtbare Distanz zu gehen, und damit die Möglichkeit bekam, seine altbayerischen Eigenschaften, vor allen Dingen die Komponente der Brutalität, durch andere Komponenten auszugleichen beziehungsweise zu ergänzen, der verfügt auch über die Möglichkeit, Formulierungen zu gebrauchen, die sonst der Nordgermane aus dem Munde von bayerischen Provinzgermanen zu vernehmen nicht gewohnt ist.

Mit Betrübnis liest natürlich der Parteivorsitzende, daß die mittleren Altersstufen, die an sich immer mehr dran sein müßten, wie es in diesem Interview heißt, immer noch nicht so richtig zum Zuge gekommen zu sein scheinen. Gerade das sollten aber die noch allzu sehr im altbayerischen Milieu und in verflochtenen Koordinaten-Vorstellungen erstarrten Würdenträger der Partei wie Alfons Goppel und Franz Josef Strauß endlich begreifen, daß ihre Plätze den mittleren Altersstufen endlich freigemacht werden müßten, damit das Licht des Fortschrittes über dem Bayerischen

Staat, und seiner Führung einerseits und über seiner staatstragenden christlichen Partei andererseits in noch hellerem Glanze erstrahlen kann. Die moderne und progressive Komponente in Staat und Partei kann eben doch nur von dem garantiert werden, der durch selbstgewählte Distanz sich die Reife des Urteils sozusagen als frühsummerliche Ernte und gleichzeitig aber auch die Erhaltung der Jugendlichkeit gleichermaßen ermöglicht.

Es paßt zu gut in das Bild dieser nun beinahe schon an herbstliche Zustände gemahnenden Abgeklärtheit, daß der Herr im blauen Einreihler wiederum der Politiker ohne Ehrgeiz ist, dem das 'rat race' Ekel einflößt. Leider ist es vielen Altbayern vorenthalten, die eben nicht durch rechtzeitige Tätigkeit im außerbayerischen Ausland sich Sprachkenntnisse verschafft haben, zu verstehen, was der Grund für diesen Ekel ist.

Der Interviewte möchte sich nicht an dem 'Ratten-Rennen' beteiligen, um aber niemanden zu verletzen, drückte er es in einer fremden Sprache aus. Diese Abgeklärtheit des Urteils, diese selbstgewählte Distanz der Beobachtung, diese Selbstopferlichkeit angesichts lobkender Positionen, sollte ein Vorbild auch für andere Politiker der CSU sein, die wie Ludwig Huber, Anton Jaumann und möglicherweise noch andere, vielleicht sogar Max Streibl, in ihrer irdischen Verblendung und in ihrem ambitionierten Streben nach irdischen Ämtern sich an diesem Ratten-Rennen beteiligen und deshalb dem sittlich Geläuterten nichts anderes als zunächst ein Gefühl des Ekels, in das sich vielleicht auch etwas Mitleid mischt, vermitteln können. Ganz brauchen aber die Bayern, gleichgültig ob altbayerischer oder anderer stammesmäßiger Provenienz, noch nicht zu verzweifeln, daß diese Gaben für die Führung des Staates und der staatstragenden Partei ihnen endgültig verlorengehen könnten. Denn sie bekommen die trostvolle Gewißheit, daß der vom Ekel über das Ratten-Rennen bewegte Politiker bereit wäre, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß man es ihm antrüge.

Es ist schon ein rechtes Kreuz mit dem bayerischen Schicksal, daß die Inhaber der höchsten Gaben nicht gleichzeitig auch Inhaber einer Hausmacht sind. Dabei bleibt es offen, wem das Mitleid mehr gebührt, dem bayerischen Volke ob dieses Zustandes, oder dem Betroffenen, der seine besten Gaben nicht im Dienste Bayerns frühzeitig genug in den höchsten Ämtern zur Geltung bringen kann. In seiner Bescheidenheit hat er auch noch vergessen, hinzuzufügen, daß die Kombination von Landesvorsitz und Ministerpräsident im Jahre 1974 wohl etwas wäre, was zwar vielleicht die Bayern nicht so ganz verdient haben, weil sie es noch nicht verstehen, dieses Glück zu schätzen.

Demit ihnen aber die Möglichkeit der Erlangung dieses Glückes in greifbarer Nähe rückt, hat der liebe Gott für die Bayern auch die Zeitungen geschaffen, zum Beispiel sogar die im germanischen Norden erscheinende 'Welt', die sich auch in den Dienst der edlen Aufgabe stellen muß, selbstverständlich auch die Süddeutsche Zeitung, deren Quasi-Chefredakteur Heigert sicherlich mit Wohlwollen darauf blickt, und nicht zuletzt der 'Münchener Merkur', der von Lichtblicken in Bayern zu berichten weiß
(~/14. 7. 1976/mie/a/pr)

(Fortsetzung am 15. Juli 1976)

+ + +